

Elbvertiefung:

Kommen noch dieses Jahr die Bagger?

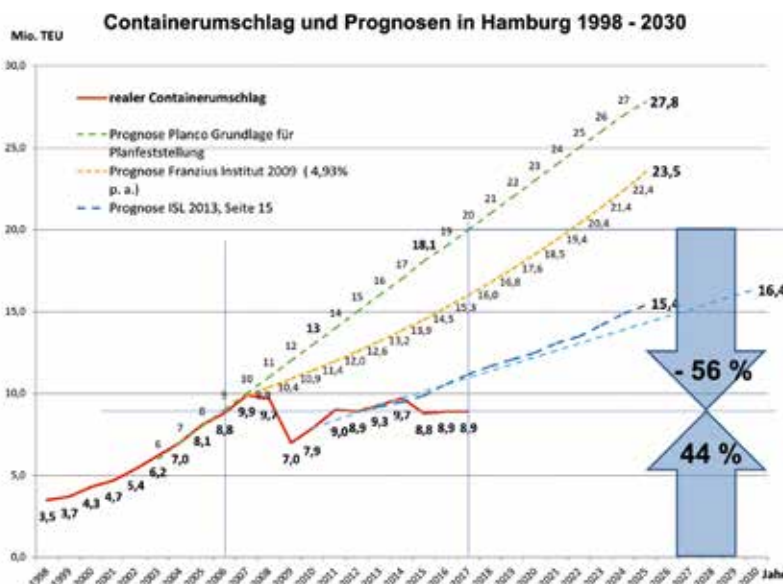
Nach den Urteilen: Umweltverbände fordern Neubewertung der Pläne

Seit 15 Jahren läuft nun die Planungsphase für die 9. Elbvertiefung. Seit 5 Jahren gibt es einen Planfeststellungsbeschluss, gegen den Klagen eingereicht worden sind. Inzwischen sind alle 13 Klageverfahren vom Bundesverwaltungsgericht beendet worden, fast alle Eingaben wurden abgelehnt, auch die der Städte Cuxhaven und Otterndorf. Der Teilbeschluss, der aktuell die Elbvertiefung weiter stoppt, sind die Auflagen aus dem Urteil vom 9. Februar 2017, wonach fehlende Ausgleichsflächen im Süßwasser-Tideelbereich nahe Hamburg nachzubessern sind, um Lebensräume für den seltenen Schierlings-Wasserfenchel zu sichern. Hamburg hat dafür einen Vorschlag gemacht, der jetzt im März 2018 als so genannte 3. Planergänzung ins behördliche und rechtliche Verfahren gehen soll: Ein altes Klärwerk nahe der Norderelbe-Brücke an der Autobahn 1 soll renaturiert werden und Tidezufluss bekommen. Wenn es hierfür einen positiven Beschluss gibt und das Gericht dem zustimmt, dürfte gebaggert werden, möglicherweise schon ab Herbst dieses Jahres. Die Umweltverbände haben die Möglichkeit, einen solchen Beschluss erneut zu beklagen. Sie rechnen mit einer Verfahrensdauer bis etwa 2020. Soweit der Sachstand.

Realität überein, etwa bei den Strömungsverhältnissen und den Sedimentverlagerungen. Ebenso im Zweifel steht der Gesamtbedarf der Vertiefung, weil sich die Schiffsmaße, realen Tiefgänge und Umschlagzahlen an Containern ganz anders entwickelt haben als vorhergesagt. (siehe Tabelle) Das Kosten-Nutzen-Verhältnis für die mittlerweile auf fast 1 Milliarde Euro geschätzte Vertiefung wird immer geringer. Die Schiffe kommen oft mit dem heutigen Tiefgang aus, weil sie ohnehin nur halbvoll sind. In Wilhelmshaven gibt es zudem Ablademöglichkeiten für die Riesenschiffe, die von einigen Reedereien auch gut genutzt werden.

Um eine Neubewertung zu bekommen, ist insbesondere der Bund als Genehmigungsbehörde und oberste Wasser- und Schifffahrtsbehörde gefragt. Auch die Grünen im Bundestag könnten sich mit diesem Anliegen an die neue Bundesregierung wenden. Ob auf diesem Wege eine Aussetzung oder endgültiger Stopp der Elbvertiefung erreicht werden kann, bleibt abzuwarten. Auf jeden Fall bietet das Nachbesserungsverfahren noch mindestens bis zum Herbst Zeit. Eine Neubewertung wird u.a. aus folgenden Gründen gefordert:

- Weiterhin fehlender Bedarf für die Elbvertiefung, stabile Umschlagzahlen im HH-Hafen, prognostizierte Steigerungen wurden nie erreicht. Vorhandenen Alternativen durch Kooperation Hamburgs mit bestehenden Tiefwasserhäfen und vorhandene Nutzung von Feederwerken. (Kleinere Zubringerschiffe, die zu jeder Zeit nach Hamburg fahren)
- Steigende Kosten für die Vertiefung auf aktuell ca. 1 Mrd. Euro und sinkendes Kosten-Nutzenverhältnis. Dazu auch immer weitere Steigerung der Kosten für jährliche Unterhaltungs-Baggerungen, zuletzt auf über 100 Mio. Euro/Jahr, nach der Vertiefung ist eine weitere Steigerung zu erwarten.
- Veraltete Plangrundlagen, das Bemessungsschiff ist überholt. In der Elbe fehlen jetzt einige ausreichend breite Begegnungszonen für die größeren Schiffe, die Tiefe reicht dagegen aus. Der Plan gewährleistet keine sichere Fahrrinne nach Hamburg, Großschiff-Havarien wie zuletzt mit der „Indian Ocean“ 2016 können jederzeit wieder passieren.
- Folgen der Sedimentumlagerungen und Verschlickung wurden nicht ausreichend wertet, insbesondere auf Ökosysteme im Elbästuar, große Naturschutzgebiete dort und das Weltnaturerbe bzw. Nationalpark Wattenmeer vor Cuxhaven. Es gibt viele neue wissenschaftliche Erkenntnisse und Untersuchungen über diese Auswirkungen.
- Klimawandel und Sturmfluten: Gefährdung der Küsten und Deiche bei zunehmendem Extremwetterereignissen. Eine Elbvertiefung erhöht nachweislich den Druck auf die Deiche und Uferanlagen. Außerdem ist der Bereich Deutsch Bucht, Elbe- und We-



Unabhängig vom gerichtlichen Weg haben die Umweltverbände und das regionale Bündnis gegen Elbvertiefung eine Neubewertung der Maßnahme durch eine Langzeitfolgenmodellierung gefordert. Hintergründe wurden auf einer Bündnis-Veranstaltung Ende 2017 in Cadenberge erläutert. So stimmen die Vorgaben aus dem alten Planantrag und die Aussagen im Planbeschluss in vielen Punkten nicht mehr mit der

sermündung in der gesamten Nordsee am stärksten durch hohe Sturmflutwasserstände gefährdet. Eine gemeinsame Untersuchung verschiedener deutscher Meeresforschungsinstitute 2009 hat Zuschläge für diesen Bereich von 30 – 40 cm ermittelt, zusätzlich zum allgemeinen klimabedingten Meeresspiegel-Anstieg. Alle baulichen Maßnahmen, die den Druck auf Ufer und Deiche hier erhöhen, sind vor diesem Hintergrund auf den Prüfstand zu stellen.

- Aktuelle Meldung vom 19. Februar 2018: Nach Informationen der Initiative „Rettet das Cux-Watt“ gibt es offenbar beim Wasser- und Schifffahrtsamt Überlegungen bzw. Untersuchungen, ob die Verklappungs-Stelle Neuer Luchtergrund Richtung Kugelbake ausgeweitet werden kann. Das hätte zusätzliche Einträge von Feinsedimenten ins Watt und Verschlickungen zur Folge.



Saugbagger warten auf die Beauftragung – Nutzen fragwürdig

Offener Brief an den Betriebsrat von Siemens

in den Standorten Görlitz, Erfurt, Mühlheim an der Ruhr, Berlin, Erlangen, Duisburg und Offenbach

Dass nun Siemens-Gamesa in Cuxhaven ein Werk eröffnete und weiter ausbauen will, freut viele in unserer Stadt: der Ausbau erneuerbarer Energie forcieren, neue Industriearbeitsplätze entstehen lassen und Cuxhaven insgesamt attraktiver machen – das sind wohl einige der wichtigsten Einschätzungen und Zukunftsvorstellungen.

Umso betrübter waren und sind wir, als wir hörten, dass bei Adwen in Bremerhaven, das zuvor in Bremerhaven von Siemens-Gamesa aufgekauft wurde, die Turbinenherstellung eingestellt wird und die Belegschaft reduziert wird und dass Siemens für Görlitz, Erfurt, Mühlheim an der Ruhr, Berlin, Erlangen, Duisburg und Offenbach Werksschließungen bzw. Kündigungen von erheblichen Teilen der Belegschaft ankündigte.

Wir wollen unsere Solidarität mit den Belegschaften, den Städten und den Regionen ausdrücken.
Wir wünschen bei den Verhandlungen viel Erfolg.